

Anlässlich der Befreiung von Auschwitz-Birkenau gedenken wir.



Heute vor 72 Jahren, am 27. Januar 1945, wurde das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau von der Roten Armee befreit. Doch konnten diese Befreiung nur vergleichsweise wenige miterleben. Millionen fielen dem deutschen Faschismus

zum Opfer. Und so gedenken wir.

Wir gedenken der verfolgten, gequälten und ermordeten Jüdinnen und Juden, den Sinti und Roma, den Oppositionellen, den Homosexuellen, den Obdachlosen, den Opfern der Euthanasie und allen anderen Toten und Verfolgten des Naziregimes. Wir gedenken aller gefallenen Kämpferinnen und Kämpfer gegen den Faschismus. Wir erklären uns solidarisch gegenüber den Nachfahren der Opfer, Überlebenden und allen anderen, welche heute noch unter diesen Gräueltaten zu leiden haben.

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.

Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

So lautet der Schwur von Buchenwald, den die Häftlinge des Konzentrationslagers am 19. April 1945 niederlegten. Dieser ist heute wieder aktueller denn je. Die nationalistischen und faschistoiden Kräfte sind in vielen Ländern wieder auf dem Vormarsch und verbreiten einmal mehr Hass und Rassismus.

Wir ziehen Lehre aus der Geschichte und stellen uns jeder Art von Ausgrenzung und Unterdrückung entschieden in den Weg. Wir bekämpfen faschistisches Gedankengut, Antisemitismus und Rassismus da wo er zu Tage tritt – im Netz, auf der Straße und in unserem alltäglichen Umfeld. Wir dürfen nicht aufhören uns zu fragen, was solche Verbrechen auslösen konnte.

Mit Wachstum in das neue Jahr



Rückblickend auf ein turbulentes Jahr 2016 wird 2017 wahrscheinlich nicht viel besser. Nach den Erfolgen von rechtskonservativen bis faschistischen Parteien in vielen Ländern gilt es um so mehr eine gesellschaftliche

Alternative der Solidarität anzubieten.

Dementsprechend freut es uns, dass im Dezember gleich zwei Basisgruppen unseren Verband mit mehr Leben füllen und jetzt im Januar auch in Ulm eine neue Gruppe dazu kommt. Wenn ihr also in (der Nähe von) Ludwigsburg, Esslingen oder Ulm seid und schon immer bei uns aktiv werden wolltet, könnt ihr das jetzt tun!

Neu Gegründet hat sich im Dezember noch eine Basisgruppe in Esslingen,

- Facebook:

- <https://www.facebook.com/Linksjugend-solid-Esslingen-211437375556532/>

Die Basisgruppe Ludwigsburg ist nun wieder aktiv:

- Facebook: <https://www.facebook.com/solidlubu/>

In Ulm gründet sich am 14.1. auch eine neue Basisgruppe. Infos dazu [hier](#).

In kürze dürften auch die jeweiligen Blogs der Basisgruppen unter Verband → Basisgruppen hier auf unserer Webseite erscheinen.

Pressemitteilung: Audimax- Besetzung gegen Studiengebühren in Freiburg



Die Linksjugend [‘solid] Baden-Württemberg befürwortet die Besetzung des Audimax der Universität in Freiburg. Die Forderung der Studierenden keine Studiengebühren für Nicht-EU-Bürger*innen einzuführen teilen

wir. Wir begrüßen es, dass Studierende sich für freie Bildung einsetzen!

“Es kann nicht sein, dass Wissenschaft, in Forschung und Lehre, zur Ware gemacht wird” kommentiert Vanessa Kohm vom Landessprecher*innenrat der Linksjugend, weiter: *“Bildung ist essentiell für die Gesellschaft sowie einzelne Menschen. Der Zugang zu ihr darf nicht abhängig sein vom Geldbeutel der Eltern! Dies gilt unabhängig von der Herkunft der Studierenden. Menschen auf Grund ihrer Herkunft unterschiedlich zu behandeln ist eine nicht hinnehmbare Diskriminierung.”*

“Gleichzeitig möchte die Grün-Schwarze Landesregierung auch Gebühren für ein Zweitstudium einführen”, ergänzt Aljoscha Hartmann, Landessprecher der Linksjugend Ba-Wü. *“Statt Menschen zu fördern, die sich mehr Wissen aneignen wollen, wird ihnen Steine in den Weg gelegt. Doch damit nicht genug, gleichzeitig sollen alle Studis mehr zahlen. Aus dieser*

schleichenden Erhöhung ist die Wiedereinführung allgemeiner Studiengebühren zu befürchten.“

Stellungnahme: Bildung muss offen für alle sein. Gemeinschaftliche Finanzierung statt Studiengebühren!



“Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“ (Artikel 3, Absatz 3, Grundgesetz).

Wir, Studierende und Jugendliche sowie Engagierte und politisch Aktive, lehnen den Vorstoß des Baden-Württemberger Wissenschaftsministeriums, Studiengebühren wieder einzuführen, ab. Baden-Württembergs “Grüne” Wissenschaftsministerin Theresia Bauer plant die Einführung von Studiengebühren für internationale Studierende. Dabei sollen Nicht-EU-Bürger*innen für ein Studium in Baden-Württemberg pro Semester 1.000 bis 2.000 Euro zahlen, der Betrag für alle anderen Studierenden um 10€ ansteigen und ein Zweitstudium in Zukunft 650 Euro pro Semester kosten. Begründet wird diese Maßnahme damit, dass das Ministerium 48 Millionen Euro einsparen soll, um eine “schwarze Null” zu erreichen. Bisher fand über die konkreten Überlegungen keinerlei öffentliche Debatte statt, Studierende

wurden weder gefragt noch einbezogen, obwohl sie eine eigene Vertretung haben.

Diese Absicht ist auf mehreren Ebenen fatal für eine gerechte Bildung. Bildung an und für sich ist ein Grundrecht und muss allen offenstehen. Daher sollten neben den Hochschulen auch alle anderen Bildungswege kostenfrei sein (Meister*in, Techniker*in, und jegliche Ausbildung). Nicht das vorhandene eigene Vermögen (bzw. das der Eltern) sollte dafür ausschlaggebend sein, für welche Ausbildung man sich entscheidet, sondern das Interesse.

Nicht die zu beliebten Ausbildungen sollten im Zugang beschränkt werden, sondern die zu wenig beliebten attraktiver gemacht werden. Die Wiedereinführung von Studiengebühren steht dem diametral entgegen. Statt eine solidarische Finanzierung der Bildung der nächsten Generation zu gewährleisten, soll diese auch noch zahlen. Bildung wird damit zur Ware und zum Privileg degradiert, obwohl Bildung die Basis einer jeden demokratischen und offenen Gesellschaft darstellt. Jedem Menschen müsste dies eigentlich zutiefst zuwider sein.

Die Forderung, dass "Nicht-EU-Bürger*innen" zahlen sollen, ist diskriminierend. Kein Mensch ist schuld daran, welche Staatsbürger*innenschaft er bei der Geburt bekommt. Dies dann als Kriterium zu verwenden, um Geld für ein Studium zu verlangen, dient nur einem Zweck: Jene mit Geld ins Land zu holen und alle anderen fernzuhalten. Diese Forderung widerspricht nicht nur den Menschenrechten, sondern auch unserem eigenen Grundgesetz. Artikel 13 des von Deutschland ratifizierten UN-Sozialpaktes mahnt sogar an, dass finanzielle Hürden zum Zugang zu Bildung nicht höher gelegt werden dürfen, sondern permanent abgebaut werden müssen.

Gleiche Chancen auf Bildung unabhängig von der Herkunft und Zahlungskraft der Eltern ist eines der großen Ziele, die wir für eine gerechte und demokratische Gesellschaft anstreben müssen.

Ferner ist es absurd, Menschen, die ein Zweitstudium beginnen, zum Zahlen zu verpflichten. Ein Zweitstudium dient dazu, sich selbst weiterzubilden und eigene Kompetenzen zu erweitern. Gerade in Zeiten der Informationsgesellschaft wäre es fatal, diese Möglichkeit Menschen aus finanziellen Gründen zu nehmen. Dazu zählen ebenfalls die oben genannten Gründe sowie auch das hart erkämpfte Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, das auch im Grundgesetz verankert ist. Wenn wir wollen, dass wir uns alle frei entfalten können, dürfen wir auch einem Zweitstudium keine zusätzlichen Hürden in den Weg stellen!

10 Euro mehr im Semester mögen auf den ersten Blick nicht nach viel klingen, doch wenn dies zum derzeitigen Semesterbeitrag noch hinzukommt, der ohnehin jährlich aufgrund "erhöhter Verwaltungsausgaben" steigt, dann kommt Mensch schon auf beachtliche Summen, die Studierende an die Hochschule/Universität zahlen. Bei diesen 10 Euro wird es nicht bleiben. Weitere Erhöhungen, sobald einmal Gebühren beschlossen sind, sind garantiert. Es dauert dann nicht mehr lange, bis wir wieder bei Studiengebühren von mehreren Hundert Euro für alle Studierenden sind.

Studiengebühren unterminieren alle Bemühungen, Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich herzustellen – ein Bereich, in dem Deutschland großen Nachholbedarf hat. Dass diese Forderungen von der Partei kommen, welche maßgeblich von den Protesten gegen Studiengebühren profitiert hat, ist an Zynismus kaum zu übertreffen.

Das Ganze noch unter den Vorwand der "schwarzen Null" und angeblicher Sachzwänge zu stellen, ist an Dreistigkeit kaum zu überbieten. Die Austeritätspolitik, die hinter der "schwarzen Null" steckt, ist sowohl wirtschaftlicher Irrsinn als auch gezieltes Selbstentmachten der Parlamente. Regierungen müssen investieren und wirtschaftliche Abschwünge ausgleichen können. Statt diesen "Sachzwang" als Begründung für elitäre Maßnahmen zu verwenden, wäre es an der Zeit, dass die Grünen endlich einmal die Logik des Kaputtsparens durchbrechen und nach

solidarischen Methoden der Finanzierung Ausschau halten; Vorschläge gibt es zur Genüge.

Die Bildung aller Menschen ist das Kriterium, welches unsere Zukunft bestimmt. Lasst es uns nicht selbst kaputtmachen. Für eine staatliche Vollfinanzierung der Bildung, offenen Zugang für alle und gegen jeden Versuch, Bildung zur Ware verkommen zu lassen!

Unterzeichner*innen:

Bundesverband ausländischer Studierender (BAS)

Arbeitskreis Freie Bildung

Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS)

AStA der Hochschule Mannheim

AStA der Universität Potsdam

Verfasste Studierendenschaft der Hochschule Biberach

Verfasste Studierendenschaft der Universität Konstanz

StuRa Uni Freiburg

Offene Uni Heidelberg

DIE LINKE. Baden-Württemberg

Piratenpartei Baden Württemberg

Linksjugend ['solid] Baden-Württemberg

Die Linke.SDS Karlsruhe

campus:grün köln

Campusgrün Freiburg

Jennifer Sarro, Sprecherin für politische Bildung, Verfasste Studierendenschaft der PH Freiburg

Laura Halding-Hoppenheit, SÖS-LINKE-Plus